



Protokoll der 24. Sitzung des Einwohnerrates

vom 15. Dezember 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Hanspeter Meyer

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2010 <i>://: Das Protokoll wird genehmigt.</i>	-
2. Bericht des Stadtrates zur Interpellation von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion betreffend neuem Gebührenmodell für den Schwarzkehricht und das Grüngut <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/143 2010/143a
3. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2011 <i>://: Vertagung von Entscheid über Teuerungsausgleich und Schlussabstimmung betr. Budget-Genehmigung auf Einwohnerratssitzung vom 26.01.2011.</i>	2010/140 2010/140a 2010/140b
4. Rücknahme der vier Wasser- und Abwasservorlagen Nr. 2009/58 (Wasser-Reglement), Nr. 2009/59 (Abwasser-Reglement), Nr. 2009/61 (Spezialfinanzierung Wasserversorgung) und Nr. 2009/62 (Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung) <i>://: Genehmigung Stadtratsantrag betreffend Rücknahme von 4 Vorlagen. ://: Antrag betr. Mitwirkung und Vernehmlassung im Zusammenhang mit Revision von Wasser- und Abwasserreglementen wird zugestimmt.</i>	2010/145
5. Parkhaus Rebgarten, Kostenbeteiligung Stadt <i>://: Überweisung von Vorlage an FIKO zur Vorberatung.</i>	2010/146
6. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ersatzparkplätzen während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor <i>vertagt</i>	2010/111 2010/111a
7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Poststrasse <i>://: Absetzung des Geschäfts von Traktandenliste gemäss Antrag des Postulanten.</i>	2010/132 2010/132a

8. Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend ÖV- 2010/135
Anbindung Rosenquartier
vertagt
9. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP- 2010/136
Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Fassadenre-
novation am Törli
vertagt
10. Postulat der SP-Fraktion, der Grünen Fraktion und der CVP/EVP/GLP- 2010/137
Fraktion betreffend Verbleib von Velo-Putz und –Flick-Tag (PUFLI) an
Rathausstrasse
vertagt

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung im laufenden Jahr.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 09. Dezember 2010:

Die Unterzeichnung neuer Vorstösse ist gemäss neuem Einwohnerrats-Geschäftsreglement erst kurz vor den Ratssitzungen nötig. Das bringt mit sich, dass solche Vorstösse den Ratsmitgliedern vorgängig der ER-Sitzung als „Entwürfe“ bzw. mit Vorbehalt betreffend der fehlenden Unterschrift/en als Tischpapier verteilt werden. Zudem wurde schon festgestellt, dass der Inhalt von elektronisch übermittelten Vorstössen nicht identisch mit den unterzeichneten Originalen ist. Die Ratsmitglieder werden gebeten, diese, wenn irgendwie möglich, bis am Vormittag der Ratssitzung dem Ratsschreiber unterzeichnet abzugeben, damit dem Einwohnerrat nur eine Kopie des Vorstosses als Tischpapier verteilt werden muss und nicht verschiedene Versionen im Umlauf sind.

Die Rückmeldetalons für das Jahresschlussessen vom 26.01.2011 sind dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Ratssitzung abzugeben.

Das Büro hat entschieden, den Wunsch und Vorschlag von ein paar wenigen Stadtrats- und Einwohnerratsmitgliedern für den elektronischen Versand von ER-Vorlagen nach Abwägung der Vor- und Nachteile nicht weiter zu verfolgen.

Die Ratsmitglieder sind im Anschluss an die heutige Ratssitzung in das Dichter- und Stadtmuseum eingeladen. Ziel ist es, dass die heutige Sitzung um ca. 20.15 Uhr geschlossen werden kann. Das Büro geht davon aus, dass bei einer speditiven Behandlung der Geschäfte dennoch alle Traktanden behandelt werden können.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- neue Vorstösse Nr. 2010/147 – Nr. 2010/148
- Flyer „Weltküche“-Anlass vom 08. Januar 2011

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass vom Stadtrat keine Mitteilungen zu machen sind.

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Philipp Senn | 1: Seite FDP |
| - Peter Stengle | 2: Mitte |
| - Michael Bischof | 3: Seite SP, Grüne |
| - Sabine Sutter | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Verfahrenspostulat betr. Sitzungsgeld-Reduktion für den Einwohnerrat von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2010/147)
- Motion betr. Sitzungsgeld-Reduktion der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2010/148)

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass Beat Gränicher der SVP-Fraktion als Postulant des Vorstosses Nr. 2010/132 folgenden Antrag unterbreitet: *Das Traktandum Nr. 7 betreffend dem stadträtlichen Bericht zum Postulat „Poststrasse“ ist von der Traktandenliste zu streichen, da das Postulat noch nicht vollständig beantwortet ist.*

Beim Gespräch mit der Stadtpräsidentin im Zusammenhang mit der Traktandenlisten-Festlegung habe man den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/132a bewusst auf die heutige Ratssitzung traktandiert. Die ersten zwei Fragen des Vorstosses haben eine gewisse Aktualität und verdienen durchaus eine Beantwortung an der heutigen Ratssitzung. Man war sich auch dessen bewusst, dass der GPK-Bericht gemäss Frage 3 des Postulanten erst auf die nächste Ratssitzung vom 26. Januar 2011 traktandiert werden könne.

Beat Gränicher (SVP) möchte mit seinem Vorstoss und heute eingereichten Antrag keine zusätzlichen Arbeiten aufhalsen. Die ersten zwei Fragen wurden vom Stadtrat einigermaßen beantwortet und, wie bereits vom Präsidenten erwähnt, ist der GPK-Bericht betreffend der „Poststrasse“ noch ausstehend. Seit vergangenem Sonntag verkehren die Busse über die Poststrasse im Gegenverkehr und es liegen heute noch keinerlei Erfahrungswerte vor, so dass das Geschäft bereits an der heutigen Sitzung durchgewunken werden könnte. Es besteht kein dringender Handlungsbedarf und deshalb soll das Geschäft an der Januar-Sitzung nochmals traktandiert werden, wenn nach Vorliegen des GPK-Berichtes auch alle Fragen lückenlos beantwortet werden können.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) teilt mit, das Geschäft hätte an der heutigen Sitzung behandelt werden können, ohne dass man das Postulat auch gleich hätte abschreiben müssen. Er kann feststellen, dass zum Geschäft und Antrag des Postulanten keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen ein paar Gegenstimmen und ein paar Enthaltungen wird dem Antrag des Postulanten zugestimmt und das Geschäft „Poststrasse“ (Vorlage Nr. 2010/132) bzw. Traktandum Nr. 7 von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren und Anträge betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung angemeldet und unterbreitet werden.

214 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2010

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Protokoll der September-Ratssitzung den Einwohnerratsmitgliedern mit Mail vom 06. Dezember 2010 zur Kenntnis gebracht wurde. Da keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll beim Büro eingegangen sind, beantragt dieses dem Rat, das Protokoll vom 22. September 2010 zu genehmigen.

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2010 wird einstimmig genehmigt.

215 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Bericht des Stadtrates zur Interpellation von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion betreffend neuem Gebührenmodell für den Schwarzkehricht und das Grüngut (Nr. 2010/143, Nr. 2010/143a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass die Interpellation gemäss Zusage an der letzten Ratssitzung vom Stadtrat mit der Vorlage Nr. 2010/143a schriftlich beantwortet wurde. Das Geschäft ist wegen der Budget-Relevanz vorgängig dem „Voranschlag 2011“ traktandiert worden. Die Interpellantin wird angefragt, ob sie von den stadträtlichen Antworten befriedigt sei und ob sie die Diskussion wünsche.

Corinne Ruesch (GL) erklärt als Interpellantin, sie sei mit den stadträtlichen Antworten teilweise zufrieden und wünsche die Diskussion. Ihre Fraktion unterstützt das Ziel der Abfallkommission, dass keine organischen Abfälle mit dem Schwarzkehricht entsorgt werden. Eine kostengünstige Grünabfuhr kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Dem stadträtlichen Bericht kann entnommen werden, dass die Ökobilanz von der Biopower-Abfuhr nur im Vergleich zur Kompostabfuhr, jedoch nicht im Vergleich zum dezentralen Kompostieren analog der Stadt Basel gemacht wurde. Das Wissen betreffend dem Kompostieren wird von der Abfallkommission als sehr gut eingeschätzt, was aber eine zu optimistische Meinung sein dürfte. Bestätigt wurde ihr diese Meinung bei einer Sonderschau anlässlich der Muba in Basel, wurden doch bei einem Wettbewerb zahlreiche Fragen betreffend dem richtigen Kompostieren von den Messebesuchern falsch beantwortet. Andere Gemeinden setzen die Kompostberatungen bereits in der Schule an, damit das Wissen und die Selbstverständlichkeiten betreffend dem Kompostieren nicht verloren gehen. Dass die Anrufe beim Abfalltelefon spärlich sein sollen, erstaunt nicht, denn Informationen alleine genügen nicht. Es braucht eine aktive Motivation und Wissensvermittlung betreffend dem Kompostieren an Ort. Ihre Fraktion behält sich vor, diesbezüglich einen Vorstoss zu lancieren. Es wäre wünschenswert, dass die vom Stadtrat in Aussicht gestellte regelmässige Publikation von Abfallstatistiken im Liestal aktuell auch umgesetzt wird. Ihre Fraktion habe davon abgesehen, einen Budget-Antrag betreffend der Abfallkasse einzureichen. Doch werde man künftig genau beobachten, ob sich die Stadt aktiv um eine Abfallvermeidung bemüht und die dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auch einsetzt.

Philipp Senn (SP) erklärt als ehemaliges Mitglied der Abfallkommission, dass er bereits im August 2010 betreffend der Abschreibung des Postulates von Markus Meyer bezüglich Grünabfuhr/Biopower moniert hatte, dass es schade sei, dass die Arbeit der Abfallkommission nicht besser publik gemacht wurde. Es brauchte nun nochmals einen Vorstoss, um diese Informationen etwas weiter streuen zu können. Der Inhalt der Interpellation Nr. 2010/143 hat sich vor allem auf das neue Gebührenmodell und weniger auf das Kompostieren bezogen. Mit der neuen Gebührenordnung wird das Hauptziel sicher erreicht, dass organisches Material vermehrt zur Vergärung gebracht wird. Aus seiner Sicht sind die stadträtlichen Antworten konsistent mit den Kenntnissen, welche die Abfallkommission zur damaligen Zeit haben konnte.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

216 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2011 (Nr. 2010/140, Nr. 2010/144a, Nr. 2010/140b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass vom Ratsbüro die Vorgehensweise und der Ablauf betreffend der Budget-Behandlung wie folgt vorgeschlagen wird:

- a) BPK-Bericht (Nr. 2010/140a)
- b) FIKO-Bericht (Nr. 2010/140b)
- c) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- d) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- e) Stellungnahmen Einzelredner, Gesamtwürdigung
- f) Diskussion und Abstimmung über BPK-Anträge
- g) Diskussion und Abstimmung über FIKO-Anträge
- h) Diskussion und Abstimmung über Stadtrat-Anträge
- i) Schlussabstimmung betreffend Voranschlag 2011

a) *BPK-Bericht (Nr. 2010/140a) // Eintreten*

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht und hält das Wichtigste kurz wie folgt fest: An den zwei Kommissionssitzungen wurden einige Punkte vertieft geprüft, welche im BPK-Bericht auch festgehalten sind. Nicht zufrieden ist die BPK damit, dass der Bau der Arena in der Allee und die Verbesserung des Velo-Verkehrsnetzes im Budget nicht enthalten sind. Die Kommission ist der Meinung, dass mit der Allee-Arena noch zugewartet werden könne, hingegen sollten aber die finanziellen Mittel zu Gunsten einer Ausführung von Velowegen zur Verfügung gestellt werden, wie dies dem Stadtrat vom Einwohnerrat in Auftrag gegeben wurde. Nachdem mit der FIKO der Dialog geführt wurde, hatte die BPK entschieden, dem Einwohnerrat den Antrag zu stellen, dass der Betrag von 74'000 Franken für die Umsetzung des Massnahmenkataloges der Schwachstellenanalyse Radrouten zur Verfügung gestellt werden soll. Dieser Betrag sollte mit dem Reingewinn aus der Aktienkapital-Auflösung der Parkhaus Bücheli AG finanziert werden. Dieser Antrag ist nach der Drucklegung der Vorlage Nr. 2010/140a von der BPK korrigiert und rechtzeitig beim Ratssekretariat eingereicht worden.

Der rektifizierte BPK-Antrag lautet neu wie folgt: *Die BPK beantragt dem Einwohnerrat die Aufnahme von CHF 74'000 in den Voranschlag 2011 zur Umsetzung des Massnahmenkataloges Radrouten (gemäss durch ER erteiltem Auftrag vom 27. Januar 2010).* Das heisst, dass der von der BPK beantragte neue Budgetposten neu nicht mehr mit dem Gewinn aus der Auflösung der Parkhaus Bücheli AG finanziert werden soll.

Wie auf der ersten Seite des BPK-Berichtes erwähnt, unterstützt die Kommission die Beibehaltung der bisherigen Praxis betreffend der Investitionsprojekte, diese wird aber die Liste mit den Investitionen künftig vertiefter prüfen. Verschiedene Vorschläge betreffend der anstehenden Investitionen im Bereich Hochbau wurden auch diskutiert. Die Frage betreffend der Finanzierung von Investitionen wie die Sanierung von Schulhausbauten usw. wird seit 2005 immer wieder hinausgeschoben, doch sollten diesbezüglich bald Nägel mit Köpfen gemacht werden. Eine Anhäufung an zusätzlichen baulichen Schulden muss vermieden werden, denn sonst dürften diese bald grösser als die Geld-Schulden sein. Von der BPK können an dieser Stelle auch noch keine konkreten Vorschläge betreffend dem weiteren Vorgehen und der Finanzierung der anstehenden Investitionen gemacht werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) entschuldigt sich dafür, dass ihm anfangs der Budget-Beratung ein Formfehler unterlaufen ist, weil er vorgängig die Eintretens-Frage nicht gestellt hatte. Da sich aus dem Rat niemand gemeldet hatte, nehme er an, dass die Eintretensfrage auch nicht mehr gestellt werden muss.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, an der letzten Fraktionssitzung haben die Büromitglieder informiert, dass bei der Budget-Beratung die Eintretensfrage gestellt werde. Man sei nun etwas überrascht, dass dies nun nicht der Fall sein soll.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) gibt Ratsmitglied Hanspeter Stoll recht. Sollte die SP-Fraktion für ein Nicht-Eintreten auf den Voranschlag 2011 plädieren, müsste nun an dieser Stelle ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Hanspeter Stoll (SP) äussert, die SP-Fraktion stelle den Antrag, dass auf den Voranschlag 2011 nicht eingetreten wird und begründet den Antrag wie folgt: Erst nach Abschluss der strategischen Diskussionen im Rat betreffend dem Entwicklungsplan 2011-2015 soll der Voranschlag 2011 beraten und beschlossen werden. Wie man in der FIKO vernehmen konnte, wird die Rechnung 2010 sehr gut ausfallen. Mit dem Voranschlag 2011 werden die Eckdaten der Finanzstrategie eingehalten. Einzig bei der Selbstfinanzierung können die Ziele im Jahr 2011 nicht ganz erreicht werden, doch liege man immer noch im Mittelwert zur Zielerreichung und Strategieeinhaltung. Wie auf Seite 1 im Voranschlag 2011 festgehalten, werden die Eckdaten auch mit dem Voranschlag 2011 eingehalten. In der Planungsphase wächst das Eigenkapital an. Der Prozess betreffend der Finanzstrategie-Diskussionen ist unterbrochen worden, weil heute das Budget 2011 beraten, aber erst an der Januar-Sitzung der Entwicklungsplan 2011-2015 thematisiert wird. Erst nach den Entwicklungsplan-Diskussionen ist eine Budget-Umsetzung möglich. Gemäss Mehrheitsbeschluss in der FIKO sollen nun einfach 0,5 Mio. Franken eingespart werden, ohne dass diese Aussagen macht, wo dieser Betrag eingespart werden soll. Dieser Antrag widerspricht dem Entwicklungsplan 2011-2015. Vor der Budget-Beratung ist deshalb vom Einwohnerrat noch zu definieren, mit welchen Leistungs- und Aufgabenkürzungen bei welchen Budgetpositionen die Einsparung von 0,5 Mio. Franken vorgenommen werden sollen. Gemäss gestrigem FIKO-Entscheid soll erst an einer nächsten Kommissionssitzung im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan über die Finanzierung des Nachholbedarfs baulicher Investitionen wie die Schulhaus-Sanierungen etc. diskutiert werden. Von den Fraktionen wird erwartet, dass diese auch ihre diesbezüglichen Meinungen an der nächsten FIKO-Sitzung einbringen. Bereits letztes Jahr ist im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 und einem Schnellschuss eine Steuerreduktion von 1 % beschlossen worden. Diese Mindereinnahme von rund 400'000 Franken hat nun zur Folge, dass im Voranschlag 2011 ein Betrag in dieser Grössenordnung fehlt. Die von der FIKO beantragte Budget-Kürzung von 0,5 Mio. könnte gar als Misstrauen gegenüber dem Stadtrat hinsichtlich seiner Finanzstrategie gemäss Entwicklungsplan gedeutet werden. Der Voranschlag 2011 soll deshalb erst nach der Beratung des Entwicklungsplanes 2011-2015 wieder traktandiert werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt die Frage, wie sich der Antragsteller denn den neuen Zeitplan betreffend dem Voranschlag 2011 und dem Entwicklungsplan 2011-2015 vorstelle.

Hanspeter Stoll (SP) antwortet, das Traktandum Entwicklungsplan 2011-2015 sei für die Sitzung vom 26. Januar 2011 vorgemerkt. Nach der Beratung dieses Geschäfts könnte anschliessend auch noch der Voranschlag 2011 beraten und beschlossen werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass der Rat nach der Sitzung vom 26. Januar 2011 erst wieder anfangs März 2011 tagen wird. Die Fraktionen werden gebeten, sich nun zum Antrag von Hanspeter Stoll betreffend dem Eintreten zu äussern.

Heinz Lerf (FDP) erklärt, der Antrag sei wohl nicht nur für ihn als FIKO-Präsident eine Überraschung, hatten sich doch alle darauf vorbereitet, dass an der heutigen Sitzung das Budget behandelt werden kann. Die FIKO wird nur noch einmal betreffend dem Entwicklungsplan tagen und es stellt sich nun doch die Frage, ob bis zur Januar-Sitzung wesentliche neue Erkenntnisse vorliegen dürften, welche zur Entscheidungsfindung betreffend dem Entwicklungsplan und dem Voranschlag beitragen werden. Die FIKO-Anträge werden auch bis zur nächsten Sitzung keine Änderungen erfahren und so dürfte eine allfällige Vertagung des Budget-Geschäfts nur einen Zeitverlust mit sich bringen.

Stadtrat Peter Rohrbach empfiehlt die Ablehnung des Antrages der SP-Fraktion. Auch der Stadtrat ist nicht glücklich darüber, dass dem Einwohnerrat der Entwicklungsplan nicht früher vorgelegt werden konnte, damit dieser vom Rat noch vor der Budget-Behandlung hätte besprochen werden können. Die Diskussion des Entwicklungsplanes finde er sehr wichtig. Zwar wird dieser vom Rat nur zur Kenntnis genommen, doch diese Diskussionspunkte sind wichtig für die Budget-Beratung. Der FIKO-Antrag betreffend der Budget-Kürzung um 0,5 Mio. Franken wird heute, aber auch im Januar oder gar noch später, zur Diskussion stehen. Für die Sicherheit und den Ablauf ist es für den Stadtrat und die Verwaltung wichtig, dass das Budget 2011 heute beschlossen wird, damit man spätestens anfangs Jahr weiss, wohin die Reise gehen soll.

Michael Bischof (FDP) erklärt, der Entwicklungsplan sei ein strategisches Planungsinstrument, von welchem der Rat nur Kenntnis nehmen könne. Dieser kann und soll auch rollend angepasst werden. Den Antrag der SP-Fraktion finde er etwas doppelzünftig, hatte doch diese vor einem Jahr sich dahingehend geäußert, dass die anlässlich der letzten Budget-Sitzung unterbreiteten Anträge als Überraschungsangriffe gewertet werden. Auch wurden von der SP-Fraktion Kamikaze-Vorwürfe betreffend den Budgetanträgen gemacht. Heute wird aber von derselben Fraktion ein Antrag unterbreitet, welcher recht populistisch ist und vielleicht auch nur für eine Schlagzeile in der Presse reichen dürfte.

Corinne Ruesch (GL) orientiert, inhaltlich könne ihre Fraktion der Antragsbegründung von Hanspeter Stoll folgen. Der Entwicklungsplan ist dem Einwohnerrat pünktlich vorgelegt worden. Die FIKO dürfte aber den Fehler gemacht haben, dass man den früher zugestellten, mittelfristigen Stellenplan während längerer Zeit diskutierte, anstatt dass man den gesamten Entwicklungsplan mit Priorität behandelt hätte. Die übliche Reihenfolge betreffend der Beratung des Entwicklungsplanes und des Voranschlages wurde nicht mehr eingehalten. Daraus resultiert nun, dass bei der Budget-Beratung einzelne Punkte besprochen wurden, welche im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan hätten thematisiert werden sollen. Das Resultat ist, dass der Einwohnerrat den Gesamtblick betreffend der Finanzstrategie aus den Augen verliert und nun strategische Ausrichtungen im Zusammenhang mit dem Voranschlag diskutiert werden. Diskussionen zum Entwicklungsplan und dem Voranschlag sollten deshalb dort geführt werden, wo sie auch hin gehören. Die Vertagung der Budget-Beratung auf eine nächste Sitzung macht keinen Sinn und würde nur unnötige Unsicherheiten mit sich bringen.

Regula Nebiker (SP) kann sich mit der Aussage von Michael Bischof nicht einverstanden erklären, dass der gestellte Antrag ein Überfall sei und einen populistischen Zweck habe. Der Rahmen betreffend der Budget-Kürzung von 0,5 Mio. Franken müsste doch beim Entwicklungsplan abgesteckt werden. Die FIKO hätte doch selbst den Mut für eine Budget-Rückweisung haben sollen oder aber klar definieren müssen, wo innerhalb des Voranschlages die 500'000 Franken einzusparen sind. Es wäre nicht dramatisch, wenn der Voranschlag erst in einem Monat beraten würde, denn dies war in anderen Gemeinden und auch Hauptstädten der Schweiz auch schon der Fall.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, dass Hanspeter Stoll zumindest an der gestrigen FIKO-Sitzung über die Absicht der SP-Fraktion betreffend der Vertagung der Budget-Beratung hätte informieren können. Die Passation des Voranschlages beim Kanton ist an Fristen gebunden und das Arbeiten der Verwaltung ohne ein bewilligtes Budget wird nicht einfach werden. Im Januar dieses Jahres hatte der Einwohnerrat den von einer Motion in ein Postulat umgewandelten Vorstoss betreffend Aufwand-Bremse überwiesen, doch seither habe man diesbezüglich vom Stadtrat nichts mehr gehört. Seine Fraktion habe den Antrag in der FIKO betreffend der Budget-Kürzung ebenfalls unterstützt, nachdem festgestellt wurde, dass die Aufwendungen weiterhin ansteigen. Das Budget 2011 musste innert Kürze an zwei FIKO-Sitzungen beraten werden, weil man dieses erst im Oktober erhalten hatte. Über 100 Fragen der FIKO betreffend dem Voranschlag 2011 wurden beantwortet und Ende Januar 2011 dürfte nicht viel mehr an Wissen vorhanden sein, welches zu wesentlichen Meinungsänderungen führen dürfte.

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass die von ihm präsierte Kommission bereits am 08. November 2010 den Kommissionsbericht zum Entwicklungsplan 2011-2015 verabschiedet hatte. Erst im Anschluss daran wurde von der BPK der Voranschlag 2011 beraten.

Heinz Lurf (FDP) weist darauf hin, dass es nicht das erste Mal wäre, dass der Entwicklungsplan erst nach dem Voranschlag behandelt würde. Anfangs September hatte die FIKO den Entwicklungsplan zur Vorberatung erhalten. Bei der Kickoff-Sitzung hatte man vom Finanzchef auch das klare Signal erhalten, dass man sich für die Beratung dieses strategischen Papiers genug Zeit nehmen soll. Gemäss Vorschlag und Wunsch des Stadtrates ist dann vorgängig dem Entwicklungsplan noch der mittelfristige Stellenplan beraten worden. Es darf sich nicht noch einmal wiederholen, dass der Terminplan betreffend der Beratung der Finanzvorlagen Entwicklungsplan und Budget nochmals Änderungen und Verzögerungen wie dieses Jahr erfährt. Gemäss FIKO-Bericht wäre es wünschenswert, dass der Entwicklungsplan bis Ende Juni vorliegt, damit dieser an der November-Sitzung im Rat behandelt werden könnte. Der Voranschlag sollte ab Mitte Oktober beraten werden können, damit dieser an der Dezember-Sitzung beraten und verabschiedet werden kann.

Paul Pfaff (SVP) berichtet, auch in seiner Fraktion sei eine Budget-Rückweisung thematisiert worden. Das macht aber keinen Sinn und das Budget sollte unbedingt an der heutigen Sitzung behandelt werden, denn bis zur Januar-Sitzung dürften die vorliegenden Zahlen weder schöner noch schlechter werden.

://: Mit 10 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen wird der Antrag der SP-Fraktion abgelehnt, das Eintreten beschlossen und der Voranschlag 2011 somit an der heutigen Sitzung behandelt.

b) FIKO-Bericht (Nr. 2010/140b)

Heinz Lurf (FDP) hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes kurz fest: Einige Punkte seiner mündlichen Ergänzungen hatte er bereits vorgängig im Zusammenhang mit der Eintretensdebatte erwähnt. Die drei FIKO-Anträge sind nicht alle einstimmig beschlossen worden und diesbezüglich werde er sich später noch äussern. Klar einverstanden ist die FIKO mit dem Umfang und mit dem Layout des Voranschlages. Wie bereits vorgängig erwähnt, wäre es wünschenswert, wenn sowohl der Entwicklungsplan als auch der Voranschlag früher als bis anhin den Kommissionen zur Vorberatung überwiesen würden. Die im Voranschlag präsentierten Zahlen sowie diesbezüglichen Fragen aus der FIKO konnten von der Verwaltung begründet und beantwortet werden, einzig vom Kanton konnten teilweise keine genaueren Zahlen geliefert werden. Dem Stadtrat und der Verwaltung werden die geleisteten Arbeiten verdankt.

c) Stellungnahme Stadtrat / Finanzchef

Stadtrat Peter Rohrbach äussert sich zum Voranschlag 2011 wie folgt: Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Genehmigung des Voranschlages gemäss der stadträtlichen Vorlage Nr. 2010/140 und lehnt alle Änderungsanträge der BPK und FIKO ab. Das dem Rat vorgelegte Budget ist das Resultat sorgfältig durchgeführter Budget-Prozesse in allen Bereichen. Auch kurzfristig bekannt gewordene, mach- und umsetzbare Reduktionen wurden noch im Budget 2011 berücksichtigt. Sparen mit Hauruck-Ansätzen bringe einer konsolidierten Finanzpolitik nicht viel. Meinungen und Aussagen, dass Liestal in einer Finanzkrise stecke, müssen dementiert werden. Dem ist nicht so und auch das Schlecht-Reden bringt nichts. Der Stadtrat hat seit Jahren eine konsistente Finanzpolitik. Alle Zahlen sind transparent und nachvollziehbar, es gibt keine schlafenden Hunde und es wird auch kein böses Erwachen geben, wie man dies von anderen politischen Gremien in der Zeitung lesen kann. Auch betreffend dem mehrmals erwähnten Nachholbedarf bei den Investitionen sei festgehalten, dass Stadt- und Einwohnerrat gemeinsam die Strategie festgelegt hatten, dass zuallererst die Prioritäten bei Tiefbau-Projekten gesetzt und erst in einem nächsten Schritt Investitionen im Hochbau getätigt werden. Es ist wichtig, dass vom Einwohnerrat und auch vom Stadtrat eine strikte Kostenkontrolle ausgeübt wird. Er kann sich mit der Interpretation der Zahlen durch die FIKO einverstanden erklären, dass die Zeit in den nächsten Jahren genutzt werden muss, damit die Schere im Zusammenhang mit der Finanzplanung ab dem Jahre 2015 nicht weiter auseinander geht. Bestimmt müssen in Kürze auch gewisse Dienstleistungen gestrichen werden, doch gibt es keinen Grund dafür, dies mit Hauruck-Methoden umzusetzen. Es bleibt genügend Zeit, allfällige Korrekturen und Änderungen bei den nächsten Planungsprozessen zu thematisieren. Auch im Landrat wurden ähnliche Budget-Anträge diskutiert, wie sie auch heute im Einwohnerrat vorliegen. Er hoffe, dass es ihm heute wie Regierungsrat Adrian Ballmer vor einer Woche gelingen werde, das Parlament von der gut funktionierenden Finanzpolitik überzeugen zu können.

d) Fraktionssprecher, Gesamtwürdigung

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bittet die Fraktionssprecher, sich an dieser Stelle nur gesamthaft zum Budget zu äussern. Die Fraktionen können sich bei der Beratung der einzelnen Anträge später immer noch äussern.

Peter Küng (SP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Voranschlag 2011, wie er vom Stadtrat vorgelegt wurde. Dies im Bewusstsein, dass einige konkrete Zahlen des Kantons betreffend der Spitex-Kosten, der Sekundarschulbauten-Übernahmen usw. noch nicht vorliegen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) meint, auf den ersten Blick sehe man im Budget 2011 ein erfreulich positives Endergebnis. Beim genaueren Hinschauen sehe man aber, dass die Zahlen länger und mehr weniger rosig sind. Eine der Ursache dürfte sein, dass der Gesamtaufwand sprunghaft ansteigt. Die fehlende Ausgabenkontrolle durch den Stadtrat führt dazu, dass man den Finanzhaushalt nicht im Griff habe. Hinzu kommt, dass man in den nächsten Jahren mehrere Millionen für die Hochbauten-Sanierungen investieren muss. Auf der Ertragsseite müssen leider schrumpfende Erträge festgestellt werden. Einziger Lichtblick ist der geringere Aufwand für den Finanzausgleich. Doch findet man auch beim Finanzausgleich ein Haar in der Suppe, da das unerwartete Geschenk des Kantons nicht etwa zur Verbesserung des Saldos, sondern zur Aufstockung des Aufwands bei der Laufenden Rechnung missbraucht wird. Eigentlich wäre zu erwarten, dass der Stadtrat die von ihm selbst gesetzten Finanzziele konkret umsetzen wird. Der Voranschlag 2011 zeigt einmal mehr, dass der Sparwille des Stadtrates höchstens spärlich vorhanden ist. Sollte der Einwohnerrat dem Budget 2011 ohne Änderungen zustimmen, so müsste dieser auch die Verantwortung für die sich abzeichnende, weitere Schuldenmisere übernehmen.

Corinne Ruesch (GL) erklärt, viele andere Gemeinden wären froh über eine Selbstfinanzierung, wie sie die Stadt Liestal im Voranschlag 2011 ausweist. Diese liegt bei rund 3,6 Mio. Franken und ist identisch mit derjenigen des Entwicklungsplanes 2011-2015. Das man die gute Selbstfinanzierung nicht auf den ersten Blick sieht, ist der Bildung von Vorfinanzierungen wie beispielsweise mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Schulanlagen zuzuschreiben. Dies ist verwirrend und entspricht nicht der bisherigen Strategie, wurden doch bis anhin solche Vorfinanzierungen nie in den Voranschlägen ausgewiesen. Die Überschussverwendung sollte erst im Zusammenhang mit der Rechnungsablage beschlossen und deshalb nicht als Vorfinanzierung budgetiert werden. Ein Schlechtreten des Voranschlages 2011 ist nicht ehrlich, denn es wurde ja beispielsweise ein Vorstoss betreffend den Steuern eingereicht, wo dies thematisiert wird. An der gestrigen FIKO-Sitzung wurde schon die Aussage gemacht, dass der Aufwand sprunghaft ansteigen würde. Sie müsse diese Aussage nach Sichtung der letzten Voranschläge dementieren, belaufen sich doch die Aufwendungen der Einwohnerkasse im Voranschlag 2008 auf 41,4 Mio., 41,9 Mio. im Voranschlag 2009, 40,8 Mio. im Voranschlag 2010 und im Voranschlag 2011 belaufen sich diese auf 37,9 Mio. Franken. Von einem sprunghaften Anstieg kann deshalb keine Rede sein, liegen doch die veranschlagten Aufwendungen rund 3,5 Mio. unter den früheren Voranschlägen. Dem Stadtrat gelang es trotz den beschlossenen Budget-Kürzungen vor einem Jahr, dem Einwohnerrat ein zahlenmässig positives Budget 2011 vorlegen zu können. In ihrer Fraktion wurde festgestellt, dass beispielsweise im Jugendbereich und bei den Deutschkursen gespart werde, wo es keinen Zwang von aussen gebe und keine starke Lobby am Werk ist. In diesen Bereichen geht die Sparwut bereits an die Substanz und Liestal verliert an Glanz, wenn sich Liestal länger und mehr von innovativen Projekten verabschiedet. Ihre Fraktion wünscht sich einen sorgfältigen Umgang mit den Steuereinnahmen. Doch sollten auch weiterhin innovative Projekte möglich sein, denn sonst dürfte Liestal zu einem grauen und totgesparten Städtli werden.

Daniel Spinnler (FDP) findet es interessant, dass alle etwas anderes in den vorliegenden Budget-Zahlen sehen. Nicht vergessen werden darf, dass die Einnahmen nur dank dem noch immer hohen Steuerfuss von 66 % so hoch sind. Der von seiner Vorrednerin angestellte Vergleich betreffend der Aufwendungen hinkt, da einige Konten betreffend dem Finanzausgleich geändert haben und die von ihr erwähnten Zahlen gar nicht verglichen werden können. Eine diesbezügliche Bereinigung müsste noch vorgenommen werden, damit klare Aussagen gemacht werden können. In den letzten fünf Jahren ist der Personalaufwand um 10 % gestiegen, wobei die Teuerung nur gerade 4,3 Prozent ausmacht. Die Motion „Aufwandbremse“ ist seit längerer Zeit hängig und unbeantwortet, wobei der Stadtrat nun auch noch zusätzliche Stellen mit Kostenfolgen von rund ¼ Million beantragt. Seine Fraktion will, dass die anstehenden Schulhaus-Sanierungen mit eigenen Mitteln finanziert werden können, ohne dass zusätzliche Schulden gemacht werden. Sparen beim Aufwand ist nicht populär, doch auch mit der beantragten Budget-Reduktion von einer halben Million dürfte Liestal nicht gleich zu einem grauen Städtchen werden, wie dies von seiner Vorrednerin prognostiziert wurde.

Paul Pfaff (SVP) erklärt, dass der viel gelobte Selbstfinanzierungsgrad von Liestal nur wegen den hohen Steuerfüssen möglich ist. Sollten die Steuern und Gebühren den kantonalen Durchschnittswerten angepasst werden, so dürfte auch der Selbstfinanzierungsgrad von Liestal ganz schön baden gehen.

e) Einzelredner, Stellungnahmen betreffend Gesamtwürdigung

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass sich nun auch die Einzelredner zum Voranschlag äussern können.

Philipp Senn (SP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Ratsmitglied Peter Furrer und stellt fest, dass sich trotz dessen Mahnfingerzeig der letzten Jahre seine Prognosen betreffend der Finanzentwicklung Liestals nicht bewahrheitet haben. Die Bevölkerung draussen interessiert die Lebensqualität in Liestal, und vermutlich weniger, ob sie dafür nun eine Zehner- oder Hunderternote mehr oder weniger bezahlen müssen. Im Städterating mit vergleichbaren Städten ist Liestal gerade wegen der hohen Lebensqualität sehr hoch gewichtet und dies bleibt hoffentlich so.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, Liestal dürfe sich mit einem überdurchschnittlichen Steuereinkommen rühmen. Obwohl Liestal als reiche Gemeinde mit einem guten Steuersubstrat brillieren kann, darf nicht vergessen bleiben, dass dieses nur wegen dem Steuerfuss von 66 % möglich ist, welcher doch wesentlich über dem Kantonsdurchschnitt von 59 % liegt und einen Mehrertrag von rund 3,5 Mio. Franken ausmacht. Rund 13 Mio. stehen an zusätzlichen Schulden betreffend dem Nachholbedarf im Zusammenhang mit den Sanierungsmassnahmen bei den Schulhäusern an. Sollten die Schulbauten-Sanierungen im nächsten Jahrzehnt getätigt werden, wäre somit das gesamte Investitionsvolumen auf Jahre hinaus genagelt, so dass auch kein Spielraum für zusätzliche Investitionen oder innovative Projekte mehr vorhanden ist. Es bleibt dem Einwohnerrat somit auch nichts anderes übrig, als im Rahmen der Voranschläge bei den jährlich wiederkehrenden Fix- und Verwaltungskosten anzusetzen. Langfristig gesehen wird man keine gesunde Finanzsituation haben und so müssen in einem demokratischen Prozess im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan die Prioritäten gesetzt sowie dieselben vom Stadtrat umgesetzt werden. Der Einwohnerrat muss klare Entscheide fällen, doch ist auch der Stadtrat gefordert, indem er dem Rat aufzeigt, ob diese praktikabel sind und welche Auswirkungen diese haben werden. Der jetzige Zustand kann wirklich nicht als gut bezeichnet werden, denn es bleibt keinerlei Spielraum für unvorhersehbare Investitionen, welche gegebenenfalls zusätzlich noch zwingend realisiert werden müssten. Das vorliegende Budget muss nicht abgelehnt werden, doch sind gewisse Retuschen nötig. Vom Stadtrat ist das Postulat „Steuersenkung planen“ noch nicht beantwortet worden, so ist dem Einwohnerrat nach wie vor unbekannt, wie sich der Stadtrat bei einer Selbstfinanzierung von 4 Mio. Franken und einer ausgeglichenen Rechnung noch eine Steuersenkung vorstellen könne. Er erwarte, dass dem Einwohnerrat vom Stadtrat künftig viel konkretere Vorschläge unterbreitet werden.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zu einigen Voten Stellung. Auf Seite 36 des Voranschlages werden die zeitlich begrenzten Mieteinnahmen betreffend dem Schulhaus Rotacker ausgewiesen. Im Sinne der Offenheit und Transparenz sind diese Mieteinnahmen im Voranschlag auch als Vorfinanzierung ausgewiesen worden. Andere Gemeinden haben diese beispielsweise zur Verbesserung der Laufenden Rechnung veranschlagt. Dass Liestal eine wohlhabende Gemeinde ist, bestätigt beispielsweise alleine die Tatsache, dass Liestal an den Finanzausgleich zahlt. Für die heutige Finanzsituation kann nicht der heutige Stadtrat verantwortlich gemacht werden, denn dieser arbeitet seit 2005 lediglich die Geschichte auf. Die stadträtliche Finanzstrategie ist bekannt und es kann heute festgestellt werden, dass dieser bis anhin die abgesteckten Ziele immer erreichte. Er weise deshalb den Vorwurf an die Adresse des Stadtrates zurück, dass sich dieser mit den langfristigen Zielsetzungen und Finanzplanung nicht auseinandersetze. Gespannt sei er auch darauf, wie der Kanton seine Finanzen zu sanieren gedenke. Denn in der Vergangenheit passierte dies nicht mit Sparübungen, sondern mit dem Abwälzen von Aufgaben an die Gemeinden. So dürfte beispielsweise die Pensionskasse ein möglicher schlafender Hund sein. In der Annahme, dass alle alles wissen, können im Zusammenhang mit dem Budget 2011 in einer konstruktiven Diskussion auch Lösungen gefunden werden.

f) BPK-Anträge, Diskussion und Abstimmung (Nr. 2010/140b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) verliest den von der BPK geänderten Antrag Nr. 3.2: *Die BPK beantragt dem Einwohnerrat die Aufnahme von CHF 74'000.-- in den Voranschlag 2011 zur Umsetzung des Massnahmenkataloges Radrouten (gemäss dem durch den Einwohnerrat erteilten Auftrag vom 27. Januar 2010).*

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf die vorgängig gemachte Aussage von Daniel Spinnler, wonach das Budget wichtiger als der Entwicklungsplan sei. Es kommt doch der Verdacht auf, dass die Verzögerungen betreffend dem Entwicklungsplan 2011-2015 von gewissen Kreisen beabsichtigt sind. Die Entwicklungsplan-Diskussion soll beispielsweise erst nach der Beschlussfassung betreffend der Budget-Kürzung um 0,5 Mio. Franken und weiteren wichtigen Entscheiden im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 geführt werden. Am 27. Januar 2010 hatte der Einwohnerrat im Zusammenhang mit der stadträtlichen Vorlage „Schwachstellen-Analyse Radrouten“ verschiedene Entscheide betreffend der Umsetzung durch den Stadtrat gefällt. Leider kann von der stadträtlichen Umsetzung draussen nichts gesehen werden. Vollumfänglich wurde der einwohnerrätliche Auftrag vom Stadtrat unterschlagen, sind doch weder im Entwicklungsplan 2011-2015 noch im Voranschlag 2011 keinerlei finanziellen Mittel für die Umsetzung und den Vollzug eingestellt. So kann es nicht weiter gehen, und will der Einwohnerrat glaubwürdig sein, so müssen nun Nägel mit Köpfen gemacht werden, indem man den BPK-Antrag betreffend der längst beschlossenen Umsetzung des Ratsentscheides vom 27. Januar 2011 unterstützt.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion begrüsse die Anträge der BPK betreffend der Investitionsplanung 2011. Auch finde man es wichtig, dass man die Schulhaussanierungen angehe und beispielsweise das Projekt Allee-Arena zurückgestellt habe. Unterstützt wird auch, dass sich die BPK künftig intensiver mit Projekten mit einem Investitionsvolumen von unter CHF 300'000 beschäftige. Betreffend dem vorliegenden Velorouten-Antrag der BPK ist in der FDP-Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen worden.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, er halte betreffend den persönlichen Unterstellungen und Anfeindungen von Hanspeter Zumsteg fest, dass in einem FIKO-Protokoll nachgelesen werden kann, dass er sich als einziges FIKO-Mitglied dafür eingesetzt habe, dass der Entwicklungsplan vorgängig dem mittelfristigen Stellenplan beraten wird.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) sagt, die ganze Fraktion sei für eine Verbesserung und den Ausbau der Velorouten. Der schriftlich vorliegende Antrag der BPK gemäss Vorlage Nr. 2010/140a entspricht nicht dem gängigen Vorgehen im Zusammenhang mit der Finanzierung aus dem Reingewinn aus der Auflösung der Parkhaus Bücheli AG. Auch ist der revidierte BPK-Antrag nicht innert der gesetzten Frist eingereicht worden, so dass die FIKO gemäss § 50 des ER-Geschäftsreglementes dazu noch hätte Stellung nehmen können. Der revidierte BPK-Antrag Nr. 3.2 ist somit auch nicht zulässig.

Ratspräsident Jürg Holinger (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass der BPK-Antrag rechtzeitig bis zur gesetzten Frist vom 10.12.2010, 16.00 Uhr, beim Ratssekretariat eingegangen ist. In Anbetracht der ganz kleinen Differenz im Wortlaut gegenüber dem Originalantrag gemäss BPK-Vorlage Nr. 2010/140a habe man darauf verzichtet, diesen in den Rundlauf zu geben. Der Ordnung halber hätte die Aussage von Peter Furrer früher gemacht werden sollen. Der Rat sollte an der heutigen Sitzung über den revidierten und vorgängig verlesenen BPK-Antrag beschliessen können.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der Stadtrat auch diesen Antrag ablehne und an seinem unterbreiteten Voranschlag 2011 festhalte. Die Idee der antragstellenden Kommission ist zwar gut, doch hat der Betrag von CHF 74'000 im Budget 2011 keinen Platz, zumal man anschliessend auch noch über eine Budget-Reduktion von CHF 500'000 abzustimmen habe.

Dem Einwohnerrat ist vom Stadtrat ein sehr wohl durchdachtes und ausgewogenes Budget unterbreitet worden, weshalb dem Rat empfohlen wird, sämtliche Budgetkürzungen Aufnahme von zusätzlichen Budget-Positionen sowie –Beträgen abzulehnen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bemerkt, er sei in einem Dilemma, weil er und seine Fraktion sich für eine Verbesserung der Veloweg-Situation in Liestal einsetzen. Da aber die finanziellen Mittel für die Umsetzung des BPK-Antrages fehlen, wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion den Zusatzantrag der BPK ablehnen.

Peter Küng (SP) weist darauf hin, dass man sich nun mitten in der Entwicklungsplan-Diskussion befinde. Vom Rat müssen die Prioritäten nun halt im Zusammenhang mit dem Voranschlag gesetzt werden, indem man entscheiden müsse, wo und wie viel gespart werden soll. Seine Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag Nr. 3.2 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der abgeänderte BPK-Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

g) FIKO-Anträge, Diskussion und Abstimmung (Nr. 2010/140a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, nun müsse lediglich über diejenigen Anträge abgestimmt werden, welche zu den stadträtlichen Anträgen abweichen.

FIKO-Antrag Nr. 1 – Leitungserneuerungen Wasser und Abwasser, Reduktion

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) empfiehlt dem Rat die Unterstützung des FIKO-Antrages. Bezugnehmend auf die diesbezüglich gemachten Aussagen im BPK-Bericht sei festgehalten, dass in der Rechnung 2009 keine Investitionen getätigt wurden, im Budget 2011 sind CHF 100'000 veranschlagt und nun wird im Voranschlag 2011 plötzlich der Betrag von CHF 250'000 budgetiert. Mehrere hunderttausend Franken sind in der Laufenden Rechnung für die Wasser- und Abwasserleitungen für das nächste Jahr budgetiert. Wenn man nicht weiss, wofür die budgetierten Beträge verwendet werden sollen, so kann man solch hohen Budgetbeträgen nicht zustimmen.

Hanspeter Stoll (SP) unterstützt die vorgängig gemachte Empfehlung des Finanzchefs und deshalb soll nicht am Budget 2011 herumgeflickt werden. Der Einwohnerrat kann wohl kaum abschätzen, ob beispielsweise die Wasser- und Abwasserleitungserneuerungen im nächsten Jahr nun wichtig und dringend sind. Auch die Feuerwehr kostet nächstes Jahr rund 150'000 Franken mehr und doch wird es wohl niemandem in den Sinn kommen, dort zu sparen. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Antrag unterstützen und den FIKO-Antrag ablehnen.

Matthias Zimmermann (SP) meint, Stadtrat und Verwaltung müssen nächstes Jahr arbeiten können, ohne dass der Einwohnerrat bei jeder Strassen- und/oder Leitungsreparatur immer wieder einen Kredit sprechen muss. Jeder investierte Franken trägt auch zur Reduktion des Nachholbedarfs bei. Ein Schrauben an der Investitionsplanung macht keinen Sinn.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass vom FIKO-Antrag nicht die Einwohnerkasse, sondern die Investitionen der Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser betroffen sind. Eine robuste Budgetierung ist bei den Leitungserneuerungs-Konten nötig, da alljährlich Rohrbrüche zu kleineren und grösseren Aufwendungen führen. Die beiden Investitionsbudgetposten sind für nicht geplante Leitungserneuerungen eingestellt. Die Mittelverwendung wird schlussendlich auch in der Rechnung ausgewiesen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend dem 1. FIKO-Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem 1. FIKO-Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und folgende Kürzungen im Voranschlag vorgenommen:

700.501.01 Wasserversorgung, diverse Leitungserneuerungen:
-> Reduktion von CHF 250'000 auf neu CHF 100'000

710.501.01 Abwasserbeseitigung, diverse Leitungserneuerungen:
-> Reduktion von CHF 200'000 auf neu CHF 100'000

FIKO-Antrag Nr. 2 – Teuerungsausgleich für Besoldung Verwaltungspersonal

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass sich eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder im Zusammenhang mit dem 2. FIKO-Antrag ihrer Stimme enthalten hatte. Nachdem der Landratsbeschluss betreffend der Teuerungszulage für das Staatspersonal zwischenzeitlich bekannt wurde, wird seine Fraktion den FIKO-Antrag ablehnen.

Peter Küng (SP) sagt, der Landrat habe für das Staatspersonal keine Teuerungszulage beschlossen, doch hatte dieser seinen Angestellten im Zusammenhang mit einem anderen Geschäft die 5. Ferienwoche zugestanden. Beim Einwohnerrat liegt keine Vorlage vor, mit welcher auch für die Mitarbeitenden der Stadt die 5. Ferienwoche beantragt wird, weshalb seine Fraktion dem FIKO-Antrag für eine Teuerungszulage von 0,40 % zustimmen wird.

Daniel Spinnler (FDP) orientiert, seine Fraktion werde den stadträtlichen Antrag unterstützen. Dies möchte man aber nicht als Auftrag an den Stadtrat verstanden haben, dass dieser auch noch die 5. Ferienwoche einführen soll. Die Arbeitsbedingungen der Stadt sind sehr gut und dem Voranschlag kann man entnehmen, dass sich die Durchschnittslöhne der Verwaltung inklusive Arbeitgeberbeiträgen in der Grössenordnung von rund 140'000 Franken bewegen. Auch die Leistungsstufen-Anstiege bzw. Realloohnerhöhungen werden nächstes Jahr CHF 240'000 Franken kosten.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf die vom Vorredner erwähnten Zahlen und stellt fest, dass die erwähnten durchschnittlichen Jahresgehälter falsch sind. In den Personalgesamtkosten sind unter anderem auch die Pensionskassen-Gelder und die stark angestiegenen Feuerwehrentschädigungen etc. enthalten. Umgerechnet auf die 65,7 Stellen machen dann die durchschnittlichen Jahresgehälter noch rund 125'000 Franken aus. Er findet es nicht richtig, dass die der FIKO gelieferten Zahlen falsch ausgelegt werden. Die Stadt Liestal ist ein guter Arbeitgeber, doch werden keine ausserordentlich hohen Löhne bezahlt und die Gehälter liegen im Schema des Kantons. Im Kern geht es darum, dass die Stadt gegenüber ihren Angestellten ein verlässlicher Partner sein will. Seit Jahren hängt sich die Stadt an den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern, dem Regierungsrat und den Personalverbänden an. Vom Landrat ist dieses Jahr ein etwas ungewöhnliches Paket geschnürt worden, indem man die Vorlagen betreffend der Nullrunden-Teuerungszulage und zusätzlichen 5. Ferienwoche miteinander verknüpft hatte. Für die Stadt würde eine zusätzliche Ferienwoche für die 20 – 49-Jährigen bei 67 Stellen rund 50 Wochen bzw. eine Vollzeitstelle ausmachen. Die

Ferienanpassung verteilt sich aber auf die ganze Verwaltung und komme somit der Stadt als Arbeitgeberin auch günstiger. Der Stadtrat stellt deshalb den Antrag, dass die Landratsbeschlüsse vom 9. Dezember 2010 übernommen werden und auch den Angestellten der Stadt Liestal für das Jahr 2011 kein Teuerungsausgleich bezahlt, jedoch eine 5. Ferienwoche zugestanden wird. Diese Lösung wäre für Liestal im Jahr 2011 kostenneutral. Die Vorlage betreffend der zusätzlichen Ferienwoche konnte vom Stadtrat nicht für die heutige Einwohnerratssitzung vorgelegt werden, da zuallererst der Landratsentscheid von vergangener Woche abgewartet werden musste. Die stadträtliche Vorlage betreffend der Personalreglementsänderung wird dem Einwohnerrat aber für die nächste Sitzung vom Januar 2011 vorgelegt. Im Voranschlag 2011 hatte der Stadtrat eine Teuerungszulage von 0,4 % im September angenommen. Effektiv dürfte die Teuerung per Ende Jahr aber 0,7 % betragen.

Regula Nebiker (SP) nimmt Bezug auf das Votum des Finanzchefs und stellt die Frage, über welchen stadträtlichen Antrag nun der Einwohnerrat abzustimmen habe.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass der Stadtrat gemäss Budget-Vorlage Nr. 2010/140 beantragt, dass sich der Teuerungsausgleich für die Besoldung der Stadtangestellten am Landratsbeschluss für das Staatspersonal orientieren soll. Die in der Klammer erwähnte angenommene Zulage von 0,4 % habe nur orientierenden Charakter und ist nur bei der Budget-Berechnung einkalkuliert worden. Der Landrat hatte am vergangenen Donnerstag beschlossen, dass keine Teuerung für das Jahr 2011 ausbezahlt wird. Analog dem Landratsbeschluss vom 9. Dezember 2011 sollen aber fairerweise nun auch die Angestellten der Stadt Liestal eine 5. Ferienwoche erhalten, für was der Stadtrat dem Einwohnerrat für die Januar-Sitzung eine entsprechende Vorlage für die Personalreglements-Anpassung zur Beschlussfassung unterbreiten wird.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, dass an der heutigen Budget-Versammlung der Einwohnerrat nur die Höhe der Teuerungszulage für das Jahr 2011 beschliessen wird. Bereits heute sei festgehalten, dass seine Fraktion den in Aussicht gestellten Antrag für eine Ferienregelungs-Anpassung nicht unterstützen werde. Die FDP-Fraktion wird nur dem Landratsbeschluss betreffend der Teuerungszulage folgen.

Peter Küng (SP) bemerkt, dass soeben vom Stadtrat ein neuer Hauptantrag gestellt wurde und das bevorstehende Abstimmungsprozedere klar zu definieren ist. Wie heisst den nun der neue Stadtratsantrag konkret?

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass der Einwohnerrat nur über den stadträtlichen Antrag gemäss Seite 5/37 der Vorlage Nr. 2010/140 abstimmen wird. Dieser wird nochmals verlesen.

Stadtrat Peter Rohrbach weist darauf hin, dass über den Antrag ohne die Klammerbemerkung betreffend der angenommenen 0,4 % Teuerungszulage abzustimmen ist. Es ist ja wohl kaum anzunehmen, dass der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung eine Nullrunde betreffend der Teuerungszulage beschliessen und an der nächsten Einwohnerratssitzung auch noch die neue Ferienregelung ablehnen wird.

Markus Meyer (SVP) ergänzt, dass der stadträtliche Antrag betreffend der Teuerungszulage klar formuliert ist und darüber abgestimmt werden kann. Diesem Antrag ist der FIKO-Antrag betreffend einem Teuerungsausgleich von 0,4 % gegenüber zu stellen. Über die neue Ferienregelung kann heute nicht abgestimmt werden, da dem Einwohnerrat dafür noch eine separate Vorlage im Zusammenhang mit der Personalreglements-Änderung zu unterbreiten ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin äussert, dass der Stadtrat der soeben erklärten Vorgehensweise und den zu fällenden Entscheiden an der heutigen sowie nächsten Einwohnerratssitzung zustimmen kann.

Hanspeter Stoll (SP) unterstreicht das Votum bzw. die Befürchtungen des Finanzchefs, dass die Angestellten der Stadt Liestal hinsichtlich der Teuerungszulage und der neuen Ferienregelung zweimal eine Nullrunde erfahren. Da die FDP-Fraktion bereits heute die Ablehnung der neuen Ferienregelung an der nächsten Sitzung vorangezeigt hatte, muss an der heutigen Ratssitzung demnach der FIKO-Antrag für eine Teuerungszulage von 0,4 % unterstützt werden.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, im Prinzip würde er dem Personal eine zusätzliche Ferienwoche gönnen, da diese Lösung kostenneutral wäre, würde man nicht zugleich auch eine Teuerungszulage gemäss FIKO-Antrag beschliessen. Erfahrungsgemäss bringt eine zusätzliche Ferienwoche auch dem Arbeitgeber etwas, da die Arbeitnehmer in der verbleibenden Arbeitszeit auch mehr Leistungen erbringen. Die Angestellten der Stadt würden ihm leid tun, sollten diese schlussendlich tatsächlich weder eine zusätzliche Ferienwoche noch eine Teuerungszulage erhalten.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, dass betreffend dem weiteren Vorgehen verschiedene Unklarheiten bestehen. Ihm sei bewusst, dass an der heutigen Sitzung nicht über die 5. Ferienwoche abgestimmt werden kann. Ein Stimmungsbild wird aber nicht schaden, und so mache er den Vorschlag, dass der Einwohnerrat in einer Konsultativ-Abstimmung über die Teuerungszulage und auch die neue Ferienregelung abstimmen wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass sich die Anstellungsbedingungen der Stadt-Angestellten immer nach den Bestimmungen des Kantons gerichtet hatten. Weshalb soll nun von der bisherigen Praxis und diesen Regeln abgewichen werden?

Michael Bischof (FDP) teilt mit, dass 5 Ferienwochen nicht üblich sind und bei einem diesbezüglichen Ratsentscheid auch die KMUs unter einen gewissen Druck geraten könnten. Die mehrmals erwähnte Kostenneutralität im Zusammenhang mit der neuen Ferienregelung wird von ihm in Frage gestellt und ist ein Trugschluss. Nicht vergessen werden darf, dass die Mitarbeiter der Stadt ab nächstem Jahr 1,2 % mehr Lohn erhalten werden, was nicht jeder Arbeitgeber bezahlen wird, obwohl er dies vielleicht auch gerne tun möchte.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) unterbreitet dem Einwohnerrat folgenden Ordnungsantrag: *Über den stadträtlichen Antrag Nr. 4 gemäss Seite 5/37 der Vorlage Nr. 2010/140 bzw. den FIKO-Antrag Nr. 3 der Vorlage Nr. 2010/140b betreffend der Teuerungszulage sowie über den noch zu unterbreitenden Antrag des Stadtrates betreffend der neuen Ferienregelung wird an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 abgestimmt.*

Daniel Spinnler (FDP) stellt fest, dass über die Ferienneuregelung vermutlich so oder so abgestimmt werden muss. Sei es, dass der Stadtrat die in Aussicht gestellte Vorlage unterbreiten wird oder die Reglementsänderung gar mit einer Motion verlangt würde. Eine Abstimmung über den präsidentalen Ordnungsantrag macht keinen Sinn, denn die Teuerungszulage ist ein integrierender Bestandteil des Voranschlags 2011, welcher an der heutigen Sitzung verabschiedet werden sollte.

Stadtrat Lukas Ott hält namens des Stadtrates aus Arbeitgebersicht fest, dass der Vermittlungsvorschlag des Ratspräsidenten begrüssenswert ist. Der Stadtrat hatte bereits den Entscheid gefällt, dass er sich bezüglich der Teuerungszulage und Ferienregelung dem Landratsbeschluss anschliessen wird. Die Knacknuss ist natürlich der Nachvollzug des Landratsentscheides auf Gemeindeebene, da der kommunale Voranschlag bereits vor längerer Zeit verabschiedet wurde und hinsichtlich dem kantonalen Entscheid betreffend der neuen Ferienregelung innert wenigen Tagen nicht mehr reagiert werden konnte. Der Einwohnerrat vergibt sich überhaupt nichts, würde er dem Ordnungsantrag des Ratspräsidenten zustimmen. Der Stadtrat will ein verlässlicher Arbeitgeber sein und ist daran interessiert, dass qualifizierte Leute angestellt werden können. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stim-

men und so hinkt beispielsweise der Vergleich der Stadt mit anderen KMU-Arbeitgebern, da die Stadt Liestal bei der Anstellung von guten Leuten mit anderen Verwaltungen von Städten und Gemeinden sowie der kantonalen Verwaltung konkurriert.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion werde den Ordnungsantrag des Ratspräsidenten unterstützen.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, dass Fairness an der heutigen Sitzung wohl das meistzitierte Wort gewesen sein dürfte. Seiner Meinung nach sei dies aber eine innerbetriebliche Sicht des Kantons und der Stadt. Die KMUs sind am kämpfen und so sind noch nie so viele Firmen wie im Jahr 2010 in Konkurs gegangen. Nun appelliert man im Zusammenhang von Angestellten auf einem sehr hohen Lohnniveau an die Fairness des Einwohnerrates hinsichtlich der Teuerungszulage sowie der Gewährung einer zusätzlichen Ferienwoche. Viele KMUs können aus finanziellen Gründen weder die eine noch die andere Frage überhaupt thematisieren. Er möchte den Rat dringend bitten, hinsichtlich der Fairness gegenüber Ausen und den KMUs ebenfalls diese Sichtweise in Betracht zu ziehen. Auch er würde den Angestellten der Stadt mehr gönnen, doch liegt weder eine zusätzliche Ferienwoche noch eine Teuerungszulage in finanzieller Hinsicht drin.

Erika Eichenberger (GL) hält fest, dass der Einwohnerrat heute über die Bedingungen für die Angestellten der Stadt Liestal und nicht gegen diejenigen der Angestellten der KMUs zu beschliessen habe. Ihre Fraktion wird dem Ordnungsantrag des Ratspräsidenten zustimmen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bemerkt, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über seinen Ordnungsantrag abgestimmt werden kann.

://: Dem Ordnungsantrag des Ratspräsidenten wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt und der Entscheid betreffend dem Teuerungsausgleich 2011 auf die Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 vertagt.

Adrian Mächler (FDP) äussert, dass somit auch die Schlussabstimmung betreffend dem Budget 2011 an der heutigen Sitzung ebenfalls entfällt. Der Voranschlag kann deshalb erst an der Januar-Sitzung 2011 verabschiedet werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) schlägt vor, dass die Sitzung für eine kleine Pause kurz unterbrochen wird.

Pause / Unterbruch der Sitzung von 19.15 – 19.30 Uhr

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert darüber, dass er die ihm während der Pause gestellte Frage betreffend dem qualifizierten Mehr im Zusammenhang mit dem Ordnungsantragsbeschluss geklärt habe: In § 75 des ER-Geschäftsreglementes ist nicht erwähnt, dass es bei Ordnungsanträgen eines qualifizierten Mehrs bedarf und somit dürfte der vorgängig der Pause gefällte Beschluss betreffend seinem Ordnungsantrag gültig sein.

Nach erfolgter Umfrage kann er als Ratspräsident feststellen, dass sich der Rat gemäss Anregung von Ratsmitglied Adrian Mächler damit einverstanden erklären kann, dass ebenfalls die Schlussabstimmung betreffend dem Voranschlag 2011 an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 durchgeführt wird.

FIKO-Antrag Nr. 3 – Kürzung Totalaufwand um CHF 500'000

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass im FIKO-Bericht auf Seite 3 des Kommissionsberichtes der Antrag formuliert ist. Dieser Antrag widerspricht dem Antrag 1 des Stadtrates. Das heisst, bei Annahme des 3. FIKO-Antrages der 1. Antrag des Stadtrates nur mit Berücksichtigung dieses Antrages oder gar nicht angenommen werden könne.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, seine Fraktion sei noch nicht einer Meinung betreffend der beantragten Budget-Kürzung von 0,5 Mio. Franken. Er findet es sehr merkwürdig, dass der Stadtrat kurz nach der Verabschiedung des Entwicklungsplanes den Voranschlag 2011 unterbreitet, in welchem die Aufwandseite um 700'000 Franken höher und der Aufwand für die Zahlungen an den Finanzausgleich um 600'000 Franken tiefer als die Zahlen des Entwicklungsplanes sind. Diese Verschiebung ist innert der kurzen Frist zwischen der Verabschiedung des Entwicklungsplanes und des Voranschlages nicht seriös begründbar. Im Entwicklungsplan 2011-2015 wird vom Stadtrat sein Ziel neu auf 4,3 Mio. Franken an Selbstfinanzierung definiert und mit dem Nachholbedarf bei den Hochbauten-Sanierungen begründet. Es wird eine Selbstfinanzierung von 3,8 Mio. inklusive Vorfinanzierungen ausgewiesen, weshalb die Schulden ob kurz oder lang wieder zunehmen werden. Aus erwähnten Gründen wird der Rat gebeten, dem FIKO-Antrag betreffend der Budget-Kürzung von 500'000 Franken zuzustimmen. Grundsätzlich wäre es berechtigt gewesen, hätte die FIKO einen Rückweisungsantrag betreffend dem Budget gestellt. Mit dem vorliegenden FIKO-Antrag wird dem Stadtrat aber die Chance gegeben, den Aufwand gleitend anzupassen.

Peter Küng (SP) bemerkt, seine Fraktion werde keine pauschalen Kürzungsanträge unterstützen, wird doch damit das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in das Budget massiv gestört. Der Einwohnerrat solle nun konkret sagen, wo und wie viel gespart werden soll. Betreffend dem vorgängigen Votum von Gerhard Schafroth möchte er festhalten, dass die Aussage, dass der Stadtrat die Kostenentwicklung nicht im Griff habe, doch ein recht happiger Vorwurf sei. Er selbst vertraue dem Stadtrat, dass dieser die Kosten im Griff habe. Hier und jetzt soll aber klar gesagt werden, ob beispielsweise im Bereich Zivilschutz, bei der Feuerwehr usw. die halbe Million eingespart werden soll.

Erika Eichenberger (GL) meint, der Stadtrat investiere viel Zeit in das Planungsinstrument Entwicklungsplan. Die FIKO brütet während Wochen über dem Entwicklungsplan, hält Stadtrat und Verwaltung mit über 100 Fragen auf Trab, was somit auch mit Kosten verbunden ist. Nach der Beantwortung all dieser Fragen muss nun festgestellt werden, dass keine wirklichen Löcher im Entwicklungsplan gefunden wurden. Mit dem Entwicklungsplan hat der Rat ein strategisches Instrument in den Händen, mit welchem die Aufgaben kritisch überprüft werden können. Ihre Fraktion halte sich an solche Instrumente. Lineare Aufgabenbremsen finde man angesichts solch guter Planungsinstrumente absolut unpassend. Überschüsse werden geplant und Schulden abgebaut, weshalb es keine Gründe für ein jährliches Lamento im Zusammenhang mit der Budgetberatung gibt. Auch heute wird wieder ein Grossbrand inszeniert, welcher mit einer Notübung wieder gelöscht werden soll. Nach der 20 %-Sparandrohung an der letzten Ratssitzung konnten sich nun einige Ratsmitglieder mit dem Sparantrag von 0,5 Mio. Franken finden. Das Budget ist aber bereits schlank genug und weitere Sparübungen dürften an die Substanz gehen. Das Gesundsparen dürfte irgendwann ins Gegenteil abkippen, und zur Folge haben, dass dieses schlussendlich keinen nachhaltigen Effekt bewirkt. Unter dem Leidensdruck des ewigen Sparens können innovative Projekte vom Stadtrat und der Verwaltung schon gar nicht mehr angegangen werden. Betreffend dem Nachholbedarf bei den Schulhausbauten ist bei der Vorberatung bereits festgestellt worden, dass die Kosten überprüft und Zweitmeinungen eingeholt werden sollen. Die Grüne Fraktion wird den FIKO-Antrag ablehnen.

Paul Pfaff (SVP) findet es nötig, dass heute gespart wird, damit man sich für die kommende Zeit in finanzieller Hinsicht fit machen kann, um die anstehenden Investitionen im Hochbau tätigen zu können. Die beantragte Einsparung von 500'000 Franken beim Sach- und Personalaufwand sollte in Anbetracht der Gesamtausgaben keine verrückte Sache sein, ohne dass darunter beispielsweise die bisher erbrachten Dienstleistungen künftige Einschränkungen erfahren. In der Privatwirtschaft muss man noch mit Einsparungen in einer ganz anderen Grössenordnung kämpfen und deshalb kann der FIKO-Antrag gar als zahm bezeichnet werden. Würde beispielsweise Liestal im Wettbewerb mit anderen Gemeinden auch bei den Steuern mithalten wollen und die Steuerfüsse reduzieren, so würde die Selbstfinanzierung wesentlich schlechter aussehen, als sie es heute ist. Seine Fraktion findet den Betrag der beantragten Budgetkürzung immer noch zu tief, wird aber dem FIKO-Antrag zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den FIKO-Antrag einstimmig. Der Einwohnerrat gibt die Rahmenbedingungen vor und bewilligt die nötigen finanziellen Mittel, doch hat der Stadtrat als Exekutivorgan für die Umsetzung verantwortlich zu zeichnen. Die wenigsten Ratsmitglieder dürften beispielsweise die Prozesse des Stadtbauamtes bis in die Tiefe kennen und so wären auch detaillierte Budget-Kürzungsanträge durch den Rat vermessen. Der Stadtrat will für 250'000 Franken neu zusätzliche 2,3 Stellen schaffen. Im Bereich Finanzen ist der Gleitzeitsaldo pro MitarbeiterIn durchschnittlich 7,5 Stunden während der letzten 10 Monate angestiegen bzw. dieser beträgt neu 13 Stunden pro Person. Basierend auf diesen Zahlen kann nicht von einer Überlastung der Mitarbeitenden im Finanzbereich die Rede sein, wird doch vom Stadtrat immer wieder gesagt, dass die Arbeiten in der Verwaltung gut gemacht werden. Für die gewünschte minimale Ausdehnung der Schalteröffnungszeiten braucht es seiner Meinung nach nicht mehr Leute, doch nun beantragt diese Abteilung 0,2 Stellen mehr. Im Zusammenhang mit der Beratung des mittelfristigen Stellenplanes wurde vom Stadtrat gesagt, dass der Einwohnerrat die strategischen Leitlinien festlegen solle, ohne sich dadurch operativ einzumischen. Dies sind nun ein paar Hinweise darauf, wo der Stadtrat beispielsweise sparen könnte. Stark angestiegen sind gemäss Voranschlag beispielsweise die Kosten für Unterhaltsarbeiten und Projekte des Stadtbauamtes. Aufgefallen ist unter anderem, dass der nicht zugeordnete Büromaterial-Sachaufwand und der Aufwand für die externen Dienstleistungen gesamthaft um rund 100'000 Franken zugenommen hat. Langfristig müsste sich auch der Stadtrat darüber Gedanken machen, ob der heutige juristische Support beibehalten werden muss. Man braucht wohl kein Volontariat für den Rechtsdienst und der hauseigene Jurist könnte auch geoutsourct werden, doch werde er diese und weitere Vorschläge im Zusammenhang mit der FIKO-Beratung des Entwicklungsplanes 2011-2015 noch einbringen. Im Bildungsbereich sind ein Bereichsleiter und ein Sportkoordinator eingestellt, welche nach Bildungsgesetz auch nicht zwingend nötig wären. Mit diesen Ideen habe er auf mögliches Einsparungspotential aufmerksam gemacht, doch nun müssen vom Stadtrat die Prioritäten gesetzt werden. Zudem werden mit dem pauschalen FIKO-Budgetkürzungsantrag sicher auch Hickhack-Diskussionen vermieden, welche sich bei der Einreichung mehrerer Anträge zu einzelnen Budget-Positionen ergeben dürften.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Paul Pfaff und macht darauf aufmerksam, dass natürlich auch die Stadt Liestal in einem Wettbewerb stehe. Und deshalb ist es wichtig, dass die Stadt im Standortwettbewerb Qualität schafft und investiert, aber nicht überall spart.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt als Einzelsprecherin, dass die EVP-Vertreterinnen die Finanzpolitiker im Rat achten und respektieren, damit die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen. Trotzdem ist die EVP gegen die beantragte Budget-Kürzung von 0,5 Mio. Franken, denn erfahrungsgemäss sind Teile der letztjährigen Budget-Einsparungen zu Lasten der schwachen Menschen in unserer Gesellschaft gegangen sind. Denn werden Kürzungen in diesem Ausmass beschlossen, dürfte man schlussendlich sonst wieder irgendwo mehr zahlen müssen.

Franz Kaufmann (SP) weist auf verschiedene Projekte wie die Burgundergebiet-Erschliessung, das Manor-Bauvorhaben, die Masterplanung Zentrum Nord, die Umfahrungsstrasse H2 hin. Alle diese Millionen-Projekte bringen beispielsweise zusätzliche Einwohner nach Liestal, generieren aber auch immer wieder Arbeiten für die Verwaltung. Liestal befindet sich in einem Umbruch und die Verwaltung ist vermutlich gefordert, wie dies in der Vergangenheit wohl noch nie der Fall war. Betreffend dem vorgängig unterbreiteten Vorschlag für die Einsparung eines Juristen mache er darauf aufmerksam, dass die Bauinvestoren mit hochprofessionellen Bauadministratoren und eigenen Juristen aufmarschieren. Auch die Stadt muss gewappnet sein und sich mit Spezialisten und Rechtsberatern entgegen stellen können, damit die Qualität für den Wohnort Liestal gesichert werden kann. Ausgerechnet jetzt soll die Stadtverwaltung noch 500'000 Franken einsparen, was für ihn nicht nachvollziehbar ist. Mit dem FIKO-Antrag wird dem Stadtrat und der Verwaltung doch auch untergeschoben, dass diese 0,5 Mio. an Steuergeldern zum Fenster rausgeworfen hätten, wären diese nicht noch rechtzeitig von den Finanzspezialisten der FIKO gestoppt worden. Er und seine Fraktion möchten sich von einem solchen Verhalten deshalb auch klar distanzieren. An der heutigen Sitzung soll auch noch das Postulat von Peter Furrer betreffend einer besseren ÖV-Anbindung im Rosenquartier behandelt werden. Wie kann dieser jemandem plausibel machen, dass er den FIKO-Antrag für eine Budgetkürzung von 0,5 Mio. vehement unterstützt, gleichzeitig aber einen solchen Vorstoss mit Begehrlichkeiten und Kostenfolgen einreicht? Die SP-Fraktion lehnt den FIKO-Antrag ab.

Paul Pfaff (SVP) bekundet Mühe mit den Ausführungen seines Vorredners. Denn genau das will man ja nicht, dass über einzelne Budget-Positionen im Einwohnerrat debattiert wird. Wer ist nun böse und wer ist nun schlecht? Wenn im Rat alle Vorschläge und Anträge von der Gegenseite abgeschmettert werden, könne man ja gleich zu Hause bleiben. Er hoffe, dass die weitere Budget-Beratung auf einer sachlichen Ebene geführt wird.

Daniel Spinnler (FDP) hält ergänzend fest, dass die Schulden nicht wieder auf die Höhe von 60 Mio. Franken anwachsen dürfen. Vom Kanton habe man 1,5 Mio. an Finanzausgleich erhalten, welche im Entwicklungsplan vor zwei Jahren noch nicht enthalten waren und trotzdem ist die finanzielle Situation von Liestal schlechter als vor zwei Jahren. Er möchte seinen Beitrag dazu leisten und dem Stadtrat auch helfen, so habe er heute zwei Vorstösse betreffend Sitzungsgelder-Kürzungen eingereicht. Sollten die beiden Vorstösse umgesetzt werden, dürften rund 80'000 Franken eingespart werden. Von denjenigen Fraktionen, welche sich gegen die Budgetkürzung wehren, habe er aber noch keinen einzigen Lösungsvorschlag gehört. Betreffend dem Bedarf an Juristen in der Verwaltung möchte er festhalten, dass beispielsweise das Manor-Vertragswerk von einem externen Rechtsberater ausgearbeitet wurde.

Corinne Ruesch (GL) bemerkt, dass die Frage von Peter Küng bezüglich Sparvorschlägen immer noch unbeantwortet sei. Man soll ja nicht gleich operativ tätig werden, doch müsste vom Rat zumindest die Strategie vorgegeben werden, wo der Stadtrat sparen solle. Sie kann das Votum von Elisabeth Augstburger unterstützen, denn es dürfte vermutlich wieder dort gespart werden, wo es am wenigsten Opposition und Geschrei geben wird, was nicht in Ordnung ist. Der Voranschlag muss innert einer bestimmten Frist dem Kanton zur Passation eingereicht werden und deshalb hat der Stadtrat nicht beliebig Zeit dafür, im Zusammenhang mit dem Vollzug von beschlossenen Budget-Kürzungen alle Vor- und Nachteile bei den einzelnen Konten abzuwägen.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, es seien soeben schon einige Aussagen gemacht worden, welche er nicht ganz verstehe und welche zum Teil zu berichtigen sind. Die Abweichungen vom Entwicklungsplan 2011-2015 zum Voranschlag 2011 werden vom Stadtrat im Budget klar ausgewiesen. Der Vorwurf von Peter Furrer, dass diese Verschiebungen unseriös sind, finde er unberechtigt. Überraschend sind für ihn auch die Vorschläge von Daniel Spinnler, mit welchen er die Verwaltung immer mehr schwächen möchte, indem man die juristische

Kompetenz, die Managementkompetenz im Bildungsbereich und vermutlich auch die Managementkompetenz im Finanzbereich abschaffen will. Die Verwaltung hat eine extrem gute Schulleitung und im Finanzbereich besteht Nachholbedarf, muss man sich doch beispielsweise in den nächsten Jahren mit einem neuen Rechnungsmodell befassen. Wie kann man als Unternehmensberater für eine Managementkompetenz-Reduktion plädieren? Im Zusammenhang mit den zusätzlichen 0,2 Stellen für die Einwohnerdienste wird doch dem Stadtrat und der Verwaltung indirekt unterstellt, dass diese keine Optimierungen vornimmt, keine Quervergleiche mit anderen Gemeinden anstellt usw. Im Zusammenhang mit den Entwicklungsplan 2011-2015 wurden über 100 Fragen von der Verwaltung beantwortet, der FIKO sind deshalb viele Details bekannt und so überraschen heute doch einige schräge Diskussionen. Die Budgetkürzung von 0,5 Mio. macht wohl nur 1,3 % der Nettoaufwendungen aus, doch ist dabei zu beachten, dass nach Abzug der vertraglich und gesetzlich gebunden Ausgaben der Anteil der Budgetkürzung schlussendlich rund 10 – 20 % der Total-Nettoaufwendungen ausmacht. Er hoffe nun, dass analog im Landrat auch im Einwohnerrat die im Kantonsparlament zitierte Rasenmäher-Methode abgelehnt werde. Sollte die Budgetkürzung dennoch beschlossen werden, so wird es sich der Stadtrat wohl sehr gut überlegen, ob er beispielsweise bei den Management-Kompetenzen Kürzungen vornehmen wird, wie dies von Ratsmitglied Daniel Spinnler empfohlen wurde. Dem Rat wird die Ablehnung des FIKO-Antrages empfohlen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass Liestal einen Steuersatz von 66 % hat. Hätte Liestal aber einen Steuersatz von 59 % gemäss kantonalem Durchschnitt, hätte man rund 3,5 Mio. weniger Steuereinnahmen. Der beantragte Budgetkürzungsbetrag von 500'000 Franken macht gerade 1/7 dieser Steuermehreinnahmen aus. Welche zusätzlichen Aufgaben hat denn Liestal nun, dass diese Mehreinnahmen von 3,5 Mio. gebraucht werden?

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass der heutige Stadtrat das Erbe seiner Vorgänger verwalten muss, indem jährlich rund Schuldzinsen und Schulden von 1,5 Mio., Baurechtszinsen von 400'000 Franken usw. bezahlt werden müssen. Der Bedarf für eine ausgeglichene Rechnung ist schon mehrmals ausgewiesen worden, wird aber dem Fragesteller auf Wunsch gerne nochmals erläutert.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend dem 3. FIKO-Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem 3. FIKO-Antrag betreffend der Kürzung des Totalaufwandes um CHF 500'000 stimmen 19 Ratsmitglieder zu. 19 Ratsmitglieder lehnen diesen ab und 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme. Mit Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten wird der FIKO-Antrag abgelehnt.

h) Stadtrat-Anträge, Diskussion und Abstimmung (Nr. 2010/140)

SR-Antrag Nr. 1 – Laufende Rechnung / Investitionen

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, es sei nun über die stadträtlichen Anträge der Vorlage Nr. 2010/140 abzustimmen. Der 1. Antrag ist auf Seite 3/37 der Vorlage Nr. 2010/140 formuliert.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem 1. Stadtratsantrag wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einigen Enthaltungen betreffend der Genehmigung des Voranschlages, bestehend aus der Laufenden Rechnung sowie den Investitionen gemäss Seite 3/37 der Vorlage Nr. 2010/140 zugestimmt. Dies unter Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Änderung im Zusammenhang mit Budget-Reduktionen bei den Leitungserneuerungen Wasser (Kto. 700.501.01) und Abwasser (Kto. 710.501.01).

SR-Antrag Nr. 2 – Steuerfuss, Steuersätze, Abgaben

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert, dass der 2. Antrag auf Seite 4/37 der Vorlage Nr. 2010/140 formuliert ist.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem 2. Stadtratsantrag betreffend der Festlegung der Steuerfüsse, Steuersätze und Feuerwehersatzabgaben gemäss Aufzählung auf Seite 4/37 der Vorlage Nr. 2010/140 wird einstimmig zugestimmt.

SR-Antrag Nr. 3 – Gebühren, Kenntnisnahme

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert, dass der 3. Antrag auf Seite 4/37 der Vorlage Nr. 2010/140 formuliert ist.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem 3. Stadtratsantrag wird einstimmig zugestimmt und von den Gebühren gemäss Aufzählung auf Seite 4/37 der Vorlage Nr. 2010/140 Kenntnis genommen.

i) Schlussabstimmung betreffend Voranschlag 2011

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass die Schlussabstimmung betreffend dem Budget 2011, wie bereits vorgängig erwähnt, erst an der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 durchgeführt wird.

217 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Rücknahme der vier Wasser- und Abwasservorlagen Nr. 2009/58 (Wasser-Reglement), Nr. 2009/59 (Abwasser-Reglement), Nr. 2009/61 (Spezialfinanzierung Wasserversorgung) und Nr. 2009/62 (Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung) – Vorlage Nr. 2010/145

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) verliest den Antrag von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion: *Bei Vorliegen der wichtigsten Entscheide bzgl. der Revision der Wasser- und Abwasserreglemente und vor Erarbeitung der konkreten Reglementstexte sind diese Eckpfeiler der Finanzkommission bzw. den Fraktionen zur Vernehmlassung vorzulegen (ähnliches Vorgehen wie bei der Erarbeitung der Waldbaulinie).*

Heinz Lurf (FDP) nimmt als FIKO-Präsident zur stadträtlichen Vorlage Stellung: Am 12. April 2010 hatte die letzte Finanzkommissionssitzung zu diesem Geschäft stattgefunden. Seither ruht das Geschäft in den beiden Kommissionen FIKO und GOR. Die Rücknahme der vier Einwohnerratsvorlagen macht Sinn, damit vom Stadtrat die ganze Thematik neu beurteilt werden kann und die Inputs der einwohnerrätlichen Kommissionen sowie die Einwände des Preisüberwachers einfließen können. Wichtig ist es, dass die Kommissionen frühzeitig über die Vorabklärungen des Stadtrates informiert und mit einbezogen werden. Es würde evtl. gar Sinn machen, dass Delegierte der beiden Kommissionen in der Arbeitsgruppe mitwirken würden, damit die Stossrichtung der beiden Kommissionen gebührend mitberücksichtigt werden können. Der Rat wird gebeten, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen.

Walter Leimgruber (SP) hält als GOR-Präsident und als SP-Fraktionssprecher ergänzend folgende Punkte fest: Aus Sicht der GOR war die Vorberatung der vier Vorlagen von Anfang an ein unbefriedigender Prozess. Erschwerend kam hinzu, dass die Vorlagen gleichzeitig an zwei Kommissionen überwiesen wurden, was beispielsweise eine Absprache unter den Kommissionen betreffend der Aufgabenaufteilung nötig machte. In der stadträtlichen Vorlage Nr. 2010/145 haben sich im ersten Absatz Fehler eingeschlichen, sind doch die Vorlagen vom Stadtrat im Jahre 2009 und nicht im laufenden Jahr 2010 dem Einwohnerrat unterbreitet und anschliessend an die GOR und FIKO überwiesen worden. Sehr unbefriedigend war, dass nach Eintreffen des Preisüberwacher-Berichtes lange Zeit Funkstille herrschte und die Informationen von den Kommissionen beim Stadtrat und der Verwaltung abgeholt werden mussten. Eine proaktive Information bei der Überarbeitung der Vorlagen wäre wünschenswert. Dem stadträtlichen Antrag soll zugestimmt werden, denn grundsätzlich hätten die beiden Kommissionen dem Einwohnerrat auch schon längst eine Rückweisung der stadträtlichen Vorlage beantragen müssen. Die Kommissionen sind von Stadträtin Marion Schafroth gebeten worden, sich vorgängig der Detailberatung in den umfangreichen komplexen Vorlagen einzulesen. Der unnötig betriebene Aufwand muss im Nachhinein als sehr unbefriedigend bezeichnet werden. Es macht Sinn, dass bei der Überarbeitung der Vorlagen die Stossrichtung des eingereichten Antrages im neuen Prozess mitberücksichtigt wird.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, schon bei den ersten Kommissionsberatungen hatte sich herausgestellt, dass man sich betreffend verschiedenen Punkten in den Kommissionen einig war, welche zu korrigieren gewesen wären. Mit der Unterstützung seines Antrages kann wohl vermieden werden, dass auch die neuen Vorlagen des Stadtrates wieder im Papierkorb landen werden.

Stadträtin Marion Schafroth äussert, dass von allen Beteiligten sicher viel Zeit in die Ausarbeitung und Beratung der vier Vorlagen investiert wurde, doch dürfe man nun nicht behaupten, dass man wieder bei Null beginnen müsse. Die gemachten Erfahrungen in der GOR und der FIKO können im Sinne eines Vernehmlassungsverfahrens ausgewertet und bei der Ausarbeitung der neuen Vorlagen mitberücksichtigt werden. Das Schreiben des Preisüberwachers, die politischen Diskussionen sowie die Feedbacks der Kommissionsmitglieder sind

wertvoll für die künftige Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung. Eine Knacknuss dürfte auch die Verknüpfung der vier äusserst komplexen Vorlagen gewesen sein. Basierend auf den Feedbacks der Kommissionen und gemachten Erfahrungen wird man künftig beispielsweise die systematische Trennung der verschiedenen Gebühren und deren Höhe veranlassen. Der Stadtrat verwehrt sich nicht gegen den Zusatzantrag von Daniel Spinnler, doch so oder so wäre der neue Prozess transparenter abgelaufen, da dies auch vom Preisüberwacher verlangt wurde.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, dass das bis anhin Geschehene seine Fraktion nicht dramatisch finde, hatte der Prozess doch wesentlich zur Meinungsbildung beigetragen. Bei den neuen Reglementen sollten folgende Schwerpunkte berücksichtigt werden: Die Reglemente sollten schlanker werden. Es sollen keine Grundgebühren erhoben werden, sondern eine Kostenverteilung nach dem Verursacherprinzip angewendet werden. Und sollten höhere Gebühreneinnahmen nötig sein, so sollten die Mehrkosten gleichmässig durch alle mitgetragen werden. Es darf nicht sein, dass zur Deckung der Mehrkosten ein unsozialer Grundbeitrag erhoben wird, mit welchem die Grossverbraucher bevorteilt und beispielsweise Wasserverschwender privilegiert würden. Die Anschlussgebühren sollen weiterhin nach dem bisherigen Modell erhoben werden. Der Brandlagerschätzwert ist weit verbreitet im Kanton, findet allgemein Akzeptanz und vor allem würde die Beibehaltung der bisherigen Berechnungen die Verwaltung am wenigsten belasten und kosten. Die kostenbewussten Mitglieder im Rat müssten nun auch sagen, ob die Verwaltung nun sparen solle oder nicht.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

://: Der Zusatzantrag von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend dem künftigen Vernehmlassungsverfahren wird mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu, und erklärt sich damit einverstanden, dass die vier Vorlagen Nr. 2009/58, Nr. 2009/59, Nr. 2009/61 und Nr. 2009/62 durch den Stadtrat zurückgenommen werden.

218 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkhaus Rebgarten, Kostenbeteiligung Stadt (Nr. 2010/146)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung beantrage.

Meret Kaufmann (GL) berichtet, auch ihre Fraktion unterstütze den Vorschlag des Büros. Doch stelle Sie den Antrag, dass *das Geschäft zusätzlich auch noch an die Bau- und Planungskommission BPK überwiesen wird*. Es ist der Wunsch ihrer Fraktion, dass alle Parkplätze in und um die Altstadt Liestals in einer Gesamtübersicht angeschaut werden. Gerade im Hinblick auf die Bauvorhaben im Ziegelhof-Areal gibt es vielleicht noch die eine oder andere Variante, welche ebenfalls noch prüfenswert wäre.

Pascal Porchet (FDP) äussert, seine Fraktion spreche sich für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO aus. Der Stadtrat ist anscheinend gewillt, sich mit einem Beitrag von 1,775 Mio. Franken an den Parkplätzen des Parkhauses Rebgarten zu partizipieren. Die auf der ersten Seite der Vorlage gemachten Termine betreffend dem Baubeginn sowie Ausgabentätigung durch die Stadt sind terminlich nicht richtig gefasst. Und auch die auf Seite 2 der im Dienstbarkeitsvertrag erwähnten Termine unter Punkt 8 sind alle sehr schwammig. Der FDP-Fraktion ist es deshalb wichtig, dass die FIKO einen Termin setzt, ab welchem Zeitpunkt und für welche Dauer der Stadt-Beitrag von 1,775 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen ist. Die Befristung soll einen Anreiz für die Investoren für eine baldmöglichste Realisierung des Bauvorhabens haben und für die Stadt als Geldgeberin verbindlicher sein.

John Brunner (SVP) orientiert, auch seine Fraktion werde einer Überweisung an die FIKO zustimmen. Von der FIKO sollte bei der Vorberatung auch die Frage der SVP-Fraktion abgeklärt werden, ob die Steuerzahler von Liestal tatsächlich 85 Parkplätze finanzieren sollen. Welche Vorteile hat Liestal von der Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze im Parkhaus Rebgarten? Sicher bringen den KMU's im Stedtli die Parkplätze Vorteile, doch liegen diese auch nicht in unmittelbarer Nähe der Altstadt.

Gerhardt Schafroth (CVP/EVP/GLP) bemerkt, seine Fraktion befürworte eine Vorberatung der Vorlage durch die FIKO und auch die BPK. Persönlich möchte er beim Stadtrat den Wunsch vorbringen, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat ein wirklich überzeugendes Parkraum-Konzept unterbreite. Im Zusammenhang mit dem beantragten strukturellen Beitrag von 1,775 Mio. Franken für 85 öffentliche Parkplätze muss im Rat vermutlich noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das Votum des Vorredners und informiert darüber, dass das Parkraumkonzept seit vier Jahren existent und bekannt ist.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Der Rat wird über das Abstimmungsprozedere informiert.

://: Der Zusatzantrag von Meret Kaufmann (GL) betreffend der Überweisung der Vorlage Nr. 2010/146 an die BPK wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat dem Antrag des Büros zu und überweist die Vorlage Nr. 2010/146 an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann